

Aktionsreader:  
»Standort-Debatte«



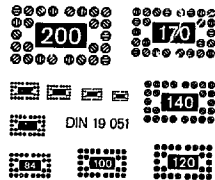
## Berliner Erklärung zu Alternativen der Wirtschaftspolitik

beschlossen am 15.1.1995 vom Bundesausschuß der Jusos  
in Berlin

Die Bundestagswahl hat keine neuen, fortschrittlichen und stabilen Verhältnisse in der Politik hervorgebracht. Die führenden politischen Akteure dieser Republik spekulieren im wesentlichen mit den unterschiedlichen Optionen einer Mehrheit von morgen, wenn die FDP endgültig in der politischen Verantwortung verschwindet. Die Partei- und Fraktionsvorsitzenden der etablierten Parteien haben alle Hände voll zu tun, um die Positionsentwicklung ihrer Partei im abschlusssfähigen Korridor zu halten. Dies ist jedoch Ausdruck politischer Stagnation, die die gesellschaftlichen Krisenprozesse weiter verschärfen wird.

STANDORT-DEBATTE - ZUM HERAUSGEBEN!

C 98 - 04456



Auch die SPD ist tief verwickelt in diese politische Stagnation. Es gibt keinerlei Anzeichen von aufbrechendem Gestaltungswillen. Parlamentarische Initiativen werden erlogen, um den politischen Gegner vorzuführen. Um nicht selber vorgeführt zu werden, werden die eigenen politischen Positionen, etwa zu Kampfeinsätzen in Bosnien oder zur Frage des Sozialmißbrauchs, gehdnt, verbogen, flexibilisiert oder gar preisgegeben.

Unterhalb des parteipolitischen Stillstands brodelt die sozialen und ökologischen Probleme jedoch weiter. Für große Teile der Bevölkerung erwachsen aus der schroffen sozialen Ungleichheit schon heute gefährliche Existenzbedrohungen. Die fortschreitende Umweltzerstörung wiederum stellt die gesamte Gesellschaftsentwicklung der Zukunft in Frage.

Die stagnative reale Politik verschärft die gesellschaftlichen Probleme. Der jetzt einsetzende wirtschaftliche Aufschwung geht an breiten Teilen der Bevölkerung vorbei. Die einseitig exportorientierte Wirtschaftspolitik aller etablierten Parteien verschärft die soziale Krise weiter. Insbesondere die unabhängige Lebensführung von Jugendlichen wird so auf Dauer unmöglich gemacht.

Mit unserer »Berliner Erklärung zu Alternativen der Wirtschaftspolitik« wollen wir einen anderen Weg beschreiben. Wir formulieren unsere Ansprüche an eine ökologische Innovations- und Beschäftigungsoffensive, um die Reform unserer gesellschaftlichen Zusammenhänge auf die wirtschaftspolitische Tagesordnung zu setzen.

## 1) Aufschwung ohne Wohlstand

1) Nach dem Auslaufen der durch den vereinigungsbedingten Nachfrageschub hervorgerufenen Sonderkonjunktur geriet die Bundesrepublik in eine ökonomische Krise, die erst allmählich in eine schwache Aufschwungbewegung übergeht. Während die Produktion von Gütern und Dienstleistungen im vergangenen Jahr um 1,7% zurückgegangen war, konnte die westdeutsche Wirtschaft in der ersten Hälfte des Jahres 1994 gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine Zuwachsrate von 2,2% verzeichnen. In den neuen Ländern ist in diesem Zeitraum das bisher größte Wachstum mit ca. 9% verzeichnet worden. Prognosen für das Jahr 1995 gehen nicht zu Unrecht von einem gesamtdeutschen Wirtschaftswachstum von 2-3% aus. Jedoch zeigen sowohl der Datenkranz der vergangenen Monate als auch die Prognosen für das Jahr 1995, daß die bundesrepublikanische Wirtschaft ihre Struktur- und Beschäftigungskrise noch nicht überwunden hat. Der Aufschwung ist zu schwach und von seinem Entwicklungsmuster her zu einseitig, um eine zügige Besserung auf dem Arbeitsmarkt zu bewirken. Der Grund dafür liegt in der schwachen Entwicklung der Binnenmarktnachfrage, also des privaten Verbrauchs und der öffentlichen Investitionen.

2) Die schwache Aufschwungbewegung wird im wesentlichen durch die Export- und Investitionsgüterindustrie getragen. Zwei Drittel des Wachstums des Jahres 1994 sind allein auf die Exportausweitung zurückzuführen. Innerhalb der deutschen Wirtschaftssektoren hat vor allem die Investitionsgüterindustrie von

der Exportausweitung profitiert. Die Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern ist seit 1994 deutlich gestiegen. In Ostdeutschland sind die stärksten Wachstumsimpulse unverändert von der anwachsenden Bautätigkeit ausgegangen. Für 1995 wird ein Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen von ca. 8% erwartet. Diese Entwicklungen verdeutlichen, daß die ohnehin schwache Aufschwungsbewegung an der Lage auf dem Arbeitsmarkt und an der sozial prekären Lage großer Teile der Bevölkerung wenig bis gar nichts ändert.

3) Infolge dieses Aufschwungsmusters ist der private Konsum weiter gedrosselt worden. Die Ursachen dafür liegen auf der Hand: Geringe nominale Lohnsteigerungen, reduzierte Transferleistungen, massiver Beschäftigungsverluste sowie wachsende öffentliche Abgaben haben die Nettolohn- und Gehaltssumme um ca. 2% schrumpfen lassen. In der Sprache der Bundesbank heißt das: »Das Ausgabenverhalten der privaten Haushalte hat sich der rückläufigen Kaufkraft angepaßt.« In der Realität bedeutet das: Immer mehr Menschen können lebenswichtige Dinge nur noch eingeschränkt erwerben, und weitergehende Konsumwünsche müssen zurückgestellt oder aufgegeben werden. Der Bedarf an einfachen und hochwertigen Gütern des täglichen Lebens kann nicht befriedigt werden, weil die nötigen finanziellen Spielräume durch eine Wirtschaftspolitik der Lohnrückere extrem eingeschnürt worden sind. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrageentwicklung bleibt damit ein entscheidender Krisenfaktor der sozialökonomischen Entwicklung in der Bundesrepublik.

4) Das gravierendste soziale Problem, die Massenarbeitslosigkeit, wird durch die Aufschwungbewegung ohne Nachfragempulse nicht behoben, sondern weiter zementiert. Insgesamt fehlen in Deutschland fast sieben Millionen Arbeitsplätze. Davon sind ca. 2,6 Mio. Menschen im Westen und 1,2 Mio. im Osten bei den Arbeitsämtern als arbeitslos registriert. Dazu kommen knapp 1 Mio. Personen, die sich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden. Weitere 2 Mio. bilden die sog. »stille Reserve«, also jene, die nicht offiziell registriert sind. Auch wenn es einen leichten Ausbau von Frauenerwerbsplätzen gegeben hat, so wird der Wunsch von Frauen nach bezahlter Arbeit noch immer systematisch abgewehrt. Frauen treffen, wenn sie einen Arbeitsplatz suchen, auf einen geschlechtsspezifisch strukturierten Arbeitsmarkt, der sie qua Geschlecht als »defizitäre Arbeitskräfte« einstuft. Die deutsche Vereinigung war für die Frauen im Osten eher ein Akt der Vertreibung aus den Fabriken und Büros. Die Frauenerwerbsquote sank im Zeitraum von 1988 bis 1992 von 83,2 auf 74,8%. Wissenschaftlerinnen gehen von einem Defizit von ca. 2 Mio. bezahlten Erwerbsarbeitsplätzen für Frauen aus. Die seit 1992 andauernde Talffahrt auf dem Arbeitsmarkt hat insgesamt ca. 900.000 Arbeitsplätze vernichtet. Die leichte Beschäftigungsstabilisierung am Ende des Jahres 1994 kann diese Verluste bei weitem nicht ausgleichen. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß die geringen Beschäftigungseffekte, die durch das Wachstum in der Investitionsgüterindustrie zu erwarten sind, durch die enorme Produktivitätssteigerung eliminiert werden. Dies wird sich in einem weiteren Be-

schäftigungsabbau niederschlagen. Für den Zeitraum der kommenden 10-15 Jahre ist eine quantitative Verkleinerung und eine qualitative Verengung des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes zu erwarten. Die Arbeitsplätze werden weiterhin bei 6-7 Mio. Stellen liegen. Innerhalb des verringerten Arbeitsvolumens werden die höher qualifizierten Tätigkeiten expandieren, die mittelqualifizierten Tätigkeiten stagnieren und die einfachen Tätigkeiten schrumpfen.

5) Der Aufschwung ohne Arbeitsplätze ist also das Ergebnis fehlender gesamtwirtschaftlicher Nachfragedynamik. Der beklagte Kaufkraftverlust ist allerdings kein Ergebnis der »unsichtbaren Hand des Marktes«, sondern eine Folge der systematischen Kostensenkungs politik nach dem Muster der Politik Brünnings am Ende der Weimarer Republik durch die amtierende Bundesregierung. Trotz permanenter Hinweise und mahrender Appelle von den Instituten der Wirtschaftswissenschaft ist die fehlende Nachfragedynamik ein blinder Fleck in der Wirtschaftspolitik aller Parteien. Zum Jahreswechsel beteuerten führende Fraktionsmitglieder von CDU und SPD noch einmal, alles zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in der Weltwirtschaft zu unternehmen. Eine bundespolitische Initiative zur Senkung der Arbeitslosigkeit und zur Stärkung der Massenkaukraft ist hingegen nicht abzusehen.

6) Das Strukturproblem der bundesdeutschen Wirtschaft liegt nicht in ihrer fehlenden Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Der exportinduzierte Aufschwung zeigt die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Güter und Dienstleistungen deutlich. Die Umstrukturierung in den Betrieben mit massivem Beschäftigungsabbau trifft nun auf einen Anstieg der Kapazitätsauslastung. Dies hat bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1994 zu einem Anstieg der Produktivität je Beschäftigten um 8% geführt. Zusammen mit den moderaten Lohnerhöhungen des letzten Jahres hat dies zum weiteren Absinken der Lohnstückkosten geführt. Insgesamt hat sich durch diese Entwicklung die Sachkapitalrendite der deutschen Unternehmen weiterhin verbessert. Gleichzeitig sind in den letzten Jahren - wie bereits beschrieben wurde - die Löhne und Gehälter sowie die daran gekoppelten Sozialen Einkommen real erheblich gesunken. Somit setzt sich der Trend der Umverteilung zugunsten der Gewinne und Vermögens Einkommen fort. Dieses ungleiche Wachstum von Investitionen und Massenkaukraft ist jedoch die Grundlage für die nächste unausweichliche Krisenentwicklung. Der Prozeß der Kapazitätsausweitung geht in eine krisenhafte Überproduktion über, weil die entsprechende Endnachfrage fehlt.

## 2) Kapitalstrategien in der verflochtenen Weltwirtschaft

7) Die systematische Ausblendung der Binnenmarktnachfrage ist nicht nur Ausdruck eines neoliberalen Politik, die dem Sozialen Minimum den größten Teil des Angebot seine eigene Nachfragekraft, was nicht möglich ist, und unternehmerischen Angebot, was nicht möglich ist, verpflichtet ist. Die systematische Ausblendung der Binnenmarktnachfrage ist ein zentraler Bestandteil der kapitalistischen Weltwirtschaft.

volkswirtschaftlichen Effekten verbirgt sich auch ein Wechsel in der Wettbewerbs- und Prosperitätsstrategie führender Unternehmen.

8) Diese vom Kapital verfolgte Reform der Industriestruktur besteht aus zwei Komponenten: Zum einen wird unter dem Rationalisierungsleitbild »lean production« ein verbessertes Produktionsergebnis pro Arbeitsstunde bei geringerem Beschäftigungsvolumen angestrebt. Mit einer Strategie der »flexiblen Spezialisierung« werden Arbeitsabläufe und Produktionsformen innerhalb eines Unternehmens rationalisiert, um eine verbesserte Produktivität zu erzielen. Massiver Beschäftigungsabbau ist die Folge. Zum anderen wird eine globalisierte Konkurrenzstrategie betrieben, um auf den nationalen Märkten der internationalen Konkurrenten direkt präsent zu sein. Mit einer in den 80er Jahren emporgeschneitten Anzahl von Direktinvestitionen werden ausländische Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen oder strategische Allianzen mit ausländischen Anbietern aufgebaut. Transnationale Konzerne mit mobilen Produktionsfaktoren organisieren ihre Unternehmertätigkeiten wie Forschung, Produktion, Absatz und Rohstoffbeschaffung über Ländergrenzen hinweg.

9) Der eigentliche problematische Kern der Standortkonkurrenz betrifft also nicht in der Lohnhöhe, sondern darin, daß die einzelnen betriebswirtschaftlichen Strategien auf eine Internationalisierung der Produktion bei erheblicher Flexibilisierung der Produktionsweise setzen. In der Tendenz werden dabei die Zusammenhänge des gesamten Kreislaufs einer Volkswirtschaft aufgelöst. Die Binnenmarktnachfrage und die Beschäftigungssituation in der »heimischen Volkswirtschaft« sind nun von nachrangiger Bedeutung für die global agierenden Unternehmen deutscher Herkunft.

10) Wenn diese betriebswirtschaftlich motivierten Strategien in die Zukunft verlängert werden, so führen sie unausweichlich zum Bruch mit der bisher dominierenden Struktur der politischen Regulierung des Kapitalismus. Die Entfesselung und Sicherung der binnenmarktorientierten Güterproduktion für den massenhaften Gebrauch erfolgte vor allem durch die Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates (Ausweitung der Lohnersatzleistungen, Ausbau des Kündigungsschutzes und der betrieblichen Mitbestimmung, Ausbau der Arbeitsmarktpolitik und Ausdehnung der sozialen Infrastruktur). Für die transnationale Kapitalstrategie mit einem gehörigen Schuß »lean production« werden diese Einrichtungen offenbar immer mehr zum Hemmschuh der Akkumulationsentwicklung. Hier liegt die tiefere Ursache für die systematische Ausblendung der Binnenmarktnachfrage trotz permanenter Hinweise nicht nur durch keynesianisch motivierte Wirtschaftswissenschaftler.

## 3) Zwangsarbeit und Standortstaat - die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung

11) Die einseitige außenwirtschaftliche Orientierung aktueller Kapitalstrategien wird durch die Wirtschaftspolitik der Bundes-



regierung verstärkt. Bei der aktuellen Standortdebatte mit dem Trommelfeuer ideologischer und statistisch verfälschter Interpretationen der Wirklichkeit geht es der Bundesregierung nicht um die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaft auf den internationalen Gütermärkten. Dies ist ja auch gar nicht das Problem, wie die aufschwungstiftende Exportausweitung anschaulich beweist. Selbst die Bundesbank erkennt: »Offensichtlich sind die Unternehmen in der Lage, mit einem wettbewerbsfähigen Sortiment voll an der Expansion des Welthandels teilzunehmen.« Obendrein hat sich mit der jungen Aufschwungbewegung die Sachkapitalrentabilität der Unternehmen noch einmal verbessert, und die Lohnstückkosten sind weiter gesunken worden. Das Märchen von der deutschen Kostenkrise wird also durch den exportorientierten Aufschwung in doppelter Weise enttarnt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftswissenschaft (DIW) hat also völlig recht, wenn es feststellt:

»Die Standortdiskussion gehört zu den Akten gelegt.«  
12) Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sieht ihre Aufgabe offenbar darin, die technologischen, produktiven und kostenwirtschaftlichen Voraussetzungen für die transnationalen Kapitalstrategien zu schaffen. Der Schutz von Ressourcen, Märkten, Branchen, Arbeitsplätzen und der sozialen Sicherheit der Menschen, kurz die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Binnenmarktes, wird nicht als politische Handlungsebene begriffen. Nunmehr geht es vor allem darum, mit den Instrumenten der Deregulierung und der Privatisierung nach innen und der Bildung regionaler Wirtschaftsblöcke nach außen, den Kampf um relevante Teile des Weltkapitals für sich zu entscheiden. Dafür werden jene wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen, die im Binnenmarkt der »global player« noch vorhanden sind, entsprechend »angepaßt«.

13) Ins Zentrum dieser Politik der weltmarktfixierten Struktur- anpassung rückt zum einen die Ausdünnung und Privatisierung der sozialen Infrastruktur (Bildungs-, Erziehungs-, Freizeit-, öffentliche Verkehrs- und Hilfseinrichtungen). Dieser Prozeß vollzieht sich vor allem in den Kommunen und Gemeinden, weil diese aufgrund der Finanzrestriktionen die »freiwilligen Leistungen« zugunsten umlegen. Zum anderen hat sich die Bundesregierung den Rückbau der Lohnersatzleistungen sowie den Abbau aktiver Arbeitsmarktpolitik zum Ziel gesetzt. An ihre Stelle will die konservative Bundesregierung ein »soziales Zwangssystem« setzen, das die Menschen am Rande des produktiven wirtschaftlichen Kerns zur Annahme unmenschlicher Beschäftigungsverhältnisse oder zur materiellen Armut zwingt. Das konservative Prinzip des helfenden Fürsorgestaates wird unter den verschärften Bedingungen der Binnenmarktanpassung ebenfalls verschärft. Das konservative sozialpolitische Credo in den 90er Jahren lautet: Die Mitbürger und Mitbürgerinnen, die der Leistungsgesellschaft nicht mehr gewachsen sind, also diejenigen, die bei der Binnenmarktanpassung nicht mehr gebraucht werden, müssen ihre Arbeitskraft für die unwürdigen Tätigkeiten bereithalten oder aber auf die »helfende Solidarität« des Fürsorgestaates verzichten. Die potenten Leistungen des Staat-

tes müssen jedoch für die produktiven Leistungseliten reserviert werden. In dieser politischen Projektion bewegen sich die realpolitischen Vorschläge zur Negativsteuer, zum Bürgergeld, zum Lohnabstandsgebot und zu Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik.

#### 4. Arbeitsplatz als Luxusgut – die Zukunft für junge Männer und Frauen?

14) Die systematische Ausblendung der Binnenmarktentwicklung ist kein ordnungspolitisches oder wirtschaftstheoretisches Problem. Die Politik der weltmarktfixierten Binnenmarktanpassung führt zu einer systematischen Zerstörung der individuellen Lebenschancen und gefährdet menschliche Existenzen in ihrem Kern. Die Zahl der Sozialhilfebezieher ist im vereinten Deutschland auf 3 Mio. Personen angestiegen. Geht man von einer Armutsschwelle von 50% des durchschnittlichen Haushaltseinkommens aus, dann leben im Westen 7,5% und im Osten 14,8% in Einkommensarmut. Im Westen erzielen 59% der erwerbstätigen Frauen und im Osten 77% kein ihre eigene Existenz sicherndes Einkommen. Hinzu kommen 800.000 Menschen in Notunterkünften, 500.000 Kinder in Obdachlosenheimen und 150.000 Obdachlose, die auf der Straße leben. Das sind die realen Folgen einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf die Anpassung des Binnenmarktes an die Weltmarktkonkurrenz setzt.

15) Insbesondere Jugendliche, die in diese Politik der sozialen Ausgrenzung hineinwachsen, sind die Opfer dieser Politik. Noch in den 80er Jahren attestierten Politiker und Sozialwissenschaftler der Jugendgeneration eine eigenständige, materiell unabhängige und sichere Lebensführung. Auf der Grundlage materieller Sicherheit wurden den Jugendlichen individuelle Entfaltungschancen, eine ausgedehnte Berufsfindungsphase, in der berufliche und private Experimentierformen möglich seien, zugesagt. Für die Jugendgeneration der 90er Jahre sieht diese soziale Realität völlig anders aus. Die eigenständige Jugendphase (vollgestopft mit möglichst vielen Möglichkeiten) ist zu einer Konkurrenz- und Verdrängungsphase für Jugendliche geworden. Insbesondere die Zukunft junger Frauen zeichnet sich aber durch beruflichen Abstieg und unterwertigen Einsatz als durch berufliche Karriere aus.

16) Die bereits erwähnte quantitative Verengung und qualitative Verengung der zukünftigen Arbeitsgesellschaft zwingt die Jugendlichen, die in diese Arbeitsgesellschaft hineinwachsen, ihre Zukunftschancen gegen Mitkonkurrenten aus der eigenen Umgebung durchzusetzen. Trotzdem die Bildungs- und Berufsabschlüsse in ihrem Qualitätsniveau immer weiter steigen, werden diese Abschlüsse im beruflichen Werdegang systematisch entwertet. Obwohl z.B. die meisten jungen Frauen eine qualifizierte berufliche Ausbildung abgeschlossen haben, hält der Arbeitsmarkt für sie oft nur Arbeitsplätze auf dem Niveau von Anlernmöglichkeiten vor. Für Jugendliche ohne Ausbildung ist der Arbeitsmarkt der Zukunft quasi geschlossen, obgleich ihre schulische Ausbildung um ein Vielfaches gegenüber den letzten 20 Jahren gestiegen ist. Die Anzahl der arbeitslosen Jugend-

lichen unter 25 Jahren steigt bereits über eine halbe Mio. an. Jugendliche mit einer anerkannten beruflichen Ausbildung bleiben vielfach ohne berufliche Zukunft. 1993 lag die Zahl der registrierten Arbeitslosen nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung so hoch wie schon seit 20 Jahren nicht mehr. Diejenigen, die nach einer abgeschlossenen Berufs- oder Hochschulausbildung einen Arbeitsplatz erhalten, werden vielfach unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt. Dadurch werden die mittel- bis einfachqualifizierten Jugendlichen wiederum aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Die biographische Linie Schule → Ausbildung → Beruf, die die Jugendphase im wesentlichen bestimmt, beginnt auseinanderzubrechen.

17) Ohne eine politische Steuerung und Intervention der Wirtschafts- und Sozialpolitik für eine andere Entwicklung der Arbeitsgesellschaft wird es für die heutige Jugendgeneration nur eine gespaltene Zukunft geben. Nur wer durch die Schleusen und Filtersysteme der Bildung und Ausbildung fehlerlos hindurchkommt, hat überhaupt eine Chance auf eine berufliche Perspektive und eine sozial unabhängige Zukunft.

#### 5. Den wirtschaftspolitischen Kurswechsel einleiten

18) Ausgangspunkt für unsere Forderungen nach einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel ist unsere politische Überzeugung, daß trotz aller »Sachzwänge« und Einschränkungen durch veränderte Kapitalstrategien politische Gestaltung und Regulierung von Wirtschaftsabläufen im gegenwärtigen Kapitalismus nicht nur möglich, sondern objektiv notwendig ist. Für uns JungsozialistInnen bleibt es dabei: »Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen dürfen der Politik den Handlungsrahmen vorgeben, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln setzen.« (Berliner Grundsatzzprogramm der SPD). In diesem Sinne ist insbesondere die Sozialdemokratie aufgefordert, die ökologische Erneuerung der Industriestruktur und die Entwicklung und Stärkung der Binnenmarktnachfrage auf die wirtschaftspolitische Tagesordnung zu setzen und nicht in die Globalisierungsfalle der konservativen Standortdebatte zu tappen.

19) Die wirtschaftspolitische Diskussion der SPD seit der deutschen Vereinigung folgt im wesentlichen der Politik der weltmarktfixierten Binnenmarktanpassung. So entstand die widersprüchliche Situation, daß die SPD auf der einen Seite ein Grundsatzzprogramm besitzt, in dem das Bewußtsein für die notwendige gesellschaftliche und sozialökologische Umorientierung zum Ausdruck kommt, aber gleichzeitig die neoliberale These von der Nichtsteuerbarkeit kapitalistischer Wirtschaftsprozesse an Boden in der SPD gewonnen hat. Seitdem setzt sich die Politik der Standortmodernisierung auch innerhalb der SPD immer stärker gegen die Politik des solidarischen Umbaus durch. Eine strategische Neuausrichtung der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist deshalb die Grundvoraussetzung für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel in der Bundesrepublik.

20) Wir fordern deshalb insbesondere die führenden Gremien der SPD auf, eine politische Alternative zur konservativen Binnenmarktanpassung zu formulieren und politisch durchzusetzen. Wir fordern vom Parteivorstand, daß die Spekulationen um eine mögliche große Koalition politisch beendet werden. Dafür muß die SPD ihren bisherigen Kurs verlassen und noch bis zur Sommerpause eine mittelfristige ökologische Innovations- und Beschäftigungsoffensive konzipieren. Nur auf der Grundlage eines solchen ehrgeizigen Reformprojektes ist es möglich, im Dialog mit den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden, fortschrittlichen Kirchengruppen und kritischen WissenschaftlerInnen eine politische Gesamtalternative aufzubauen, die gesellschaftliche Akzeptanz für eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entwickeln und einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel herbeizuführen.

21) Wir Jussos formulieren in dieser »Berliner Erklärung« unsere Anforderungen für Alternativen der Wirtschaftspolitik. Eine ökologische Innovations- und Beschäftigungsoffensive muß nach unserer Ansicht aus drei Säulen bestehen.

#### 1. Zukunftsinvestitionen plus öffentliche Beschäftigung und Arbeitszeitverkürzung

22) Die erste Säule besteht aus einem abgestimmten Programm öffentlicher Zukunftsinvestitionen bei einem gleichzeitigen Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung und einer substantiellen Arbeitszeitverkürzung. In Anlehnung an das vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI) entwickelte Modernisierungs- und Beschäftigungsprogramm fordern wir eine beschäftigungsorientierte öffentliche Investitionspolitik in sechs vorrangigen gesellschaftlichen Bedarfsebenen. Zur Verbesserung der Infrastrukturausstattung müssen die öffentlichen Investitionsanstrengungen in den Bereichen transeuropäische Netze, Forschung und Entwicklung, Wohnungsbau, Altlasten- und Abwasseranierung, Ausbau der Universitäten und Hochschulen sowie die Aufstockung des Personals im Gesundheitswesen erheblich ausgeweitet werden. Damit fordern wir ausdrücklich kein Konjunkturprogramm, das kurzfristige Impulse für die jetzt einsetzende schwache Aufschwungbewegung ergeben soll. Wir verfolgen mit einem solchen Programm vielmehr das Ziel einer langfristigen Reform der infrastrukturellen Produktions- und Lebensbedingungen. Das von den WirtschaftswissenschaftlerInnen des DGB vorgelegte Modernisierungs- und Beschäftigungsprogramm ist deshalb für eine Laufzeit von 10 Jahren programmiert und rechnet mit einem finanziellen Mehrbedarf von durchschnittlich ca. 40 Mrd. DM. Wir sehen in diesem Programm ein geeignetes Instrument, um einen ersten Infrastrukturschub mit einem erheblichen Beschäftigungseffekt zu erreichen. Wesentliche Voraussetzung für einen politischen Erfolg dieses Programms ist allerdings die Verknüpfung nationaler Infrastrukturinvestitionen mit den europäischen Initiativen für »Wettbewerb, Beschäftigung und Wachstum« der EU. Der wirtschaftspolitische Kurswechsel in Deutschland muß mit konkreten weiteren Initiativen für eine europäische Beschäfti-



gungspolitik verbunden sein. Indem wir die Beschäftigungspolitik national angehen, wollen wir das international Notwendige vorantreiben.

23) Dieser Infrastrukturschub muß darüber hinaus von einer Ausweitung der öffentlich geförderten Beschäftigung begleitet werden. Das verlangt einen völlig reformierten Rahmen der Arbeitsförderungs politik. Das Arbeitsförderungs gesetz aus den 60er Jahren ist in den ökonomischen Krisenzeiten nicht weiter entwickelt, sondern zusammengespart worden. Zusätzlich kamen immer neue Lasten zur Bewältigung des Beschäftigungszusammenbruchs im Osten auf das AFG zu. Um die strukturelle Arbeitsplatzlücke von 6-7 Mio. in der zukünftigen Entwicklung der Arbeitsgesellschaft zu verhindern, wird eine neue arbeitsmarktpolitische Anstrengung nötig sein. Öffentlich geförderte Beschäftigung muß mit den regulären Bedingungen des ersten Arbeitsmarktes gleichgestellt werden und auf Qualifizierung zielen. D.h. öffentliche Beschäftigung muß Teil des allgemeinen Arbeitsmarktes werden und kollektiven tarifrechtlichen Bedingungen unterliegen. Öffentlich geförderte Beschäftigung hat für uns das Ziel, die gewünschte technologische, regionale, soziale und ökologische Innovation der Binnenmarktstrukturen zur staatlich-gesellschaftlichen Aufgabe zu machen und dafür notwendige Beschäftigung zu finanzieren. In Anlehnung an den von der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegten Entwurf für ein Arbeitsmarkt- und Struktur förderungsgesetz ist für uns die Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit ein wichtiges Element für eine neue Politik der Vollbeschäftigung. Es ist notwendig, neue Modelle flexibler Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln und zu etablieren. Z.Zt. beläuft sich dieses Beschäftigungspotential auf ca. 2,6 Millionen, das Wissenschaftszentrum Berlin beziffert das mögliche Potential auf 4,6 Millionen Arbeitsplätze. Wesentliche Bedingungen für eine erfolgreiche präventive Arbeitsmarktpolitik sind allerdings eine zuverlässige Finanzierungs basis, eine Verknüpfung von Arbeitsmarktpolitik mit Beschäftigungs- und Struktur förderung sowie die Integration gleicher Beschäftigungschancen für Frauen als erklärtes Ziel der Arbeitsförderungs politik.

24) Die Beschäftigungswirkungen einer kombinierten öffentlichen Zukunftsinvestitions- und Beschäftigungspolitik können durch eine allgemeine substantielle Arbeitszeitverkürzung erheblich erweitert werden. Zentral ist dabei die allgemeine Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit (verbunden mit dem Abbau von Überstunden). Noch immer erzielen solche Zeitverkürzungen die größten Beschäftigungseffekte. Allein die Verkürzung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit um knapp 3 Stunden zwischen 1985 und 1991 hat nach Berechnungen des DIW die Beschäftigtenzahl um mehr als eine Million erhöht. Darüber hinaus leistet eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit den größten Beitrag zur Arbeitshumanisierung und zur Gleichstellung der Geschlechter in der Erwerbs- und Hausarbeit. Im Gefolge der VW-Vereinbarung von 1994 wurden Arbeitszeitverkürzungen durch den Verzicht auf einen vollen Lohnausgleich erkauft. Aus dieser Entwicklung darf jedoch nicht die Konsequenz

gezogen werden, auch künftig seien Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich machbar. Zum einen verdeutlichen die Daten der Aufschwungbewegung die verbesserte Produktivität und Sachkapitalrendite der Unternehmen. Die Spielräume für reale - finanzielle und arbeitszeitliche - Umverteilungen sind also keinesfalls dauerhaft eingeschränkt. Im Gegenteil: Unter dem unternehmerischen Druck sind bereits die Arbeitszeitverkürzungen der 80er Jahre durch moderate Tariflohnsteigerungen verbunden mit erheblichen Produktivitätssteigerungen von den Beschäftigten finanziert worden. Zum anderen darf sich dieser Trend in den 90er Jahren nicht wiederholen, weil er zu einer systematischen Erdrosselung der Binnenmarktnachfrage geführt hat. Dies muß in sein Gegenteil verkehrt werden. Die Gewerkschaften sind aufgefordert, zu einer gesellschaftlichen Lohnpolitik zurückzukehren und innerhalb der Tarifverhandlungen die gesamte Binnenmarktentwicklung zum Thema zu machen. Dabei muß die Aufhebung der sich vertiefenden Einkommensungleichheit zwischen den Geschlechtern ein zentrales Anliegen gewerkschaftlicher Tarifpolitik werden.

## 2. Ökologische Verkehrs- und Energiewende

25) Das von der Bundesregierung gro ßspurig verkündete Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahre 2005 um 25-30% zu senken, ist bereits geplatzt. Die Verkehrs- und Energieentwicklung als zentrale Handlungsfelder für eine Emissionsreduzierung hat dieselbe Bundesregierung mit einer »standortpolitischen Unantastbarkeit« belegt. Nach Berechnungen der Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre« ist unter den Status-quo-Bedingungen eher mit einer Zunahme der Emissionen um ca. 40% zu rechnen. Deswegen besteht die zweite Säule einer ökologischen Innovations- und Beschäftigungsoffensive aus dem ökologischen Umbau der Energiebasis und der Verkehrswirtschaft. Wir formulieren politische Anforderungen, die sowohl Impulse für die Verbesserung der Erdatmosphäre als auch Impulse für die gesamtwirtschaftliche Kosten- und Beschäftigungsentwicklung beinhalten. Damit wollen wir den irrationalen »Reformverhinderungsriegel Standorticherung« sachlich und politisch aufbrechen.

26) Die vier investiven Bedarfsfelder Energiesparen, Modernisierung der Nahverkehrssysteme, Förderung des Güterverkehrs und Entwicklung eines Verkehrsleitsystems aus dem »Modernisierungs- und Beschäftigungsprogramm« des DGB wollen wir dabei mit einem größer angelegten Programm zur »ökologischen Verkehrs- und Energiewende« verknüpfen. Der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft ist als politische Tagesaufgabe in den 90er Jahren von den Fragen der »inneren Sicherheit« und der »Standortsicherung« in allen Parteien verdrängt worden. In den 90er Jahren ist es üblich geworden, das Problem der Massenarbeitslosigkeit getrennt oder gar im Widerspruch zum Problem der Verschwendung von Energie, Rohstoffen und Flächen zu diskutieren. In der Logik des Berliner Grundsatzprogramms der SPD ist Ökologie für uns aber kein Zusatz zur Öko-

nomie. Gesamtwirtschaftlich ist für uns nichts vernünftig, was ökologisch unvernünftig ist. Deshalb wollen wir mit unseren Vorschlägen wieder den Versuch unternehmen, integrale Lösungen für die Probleme Massenarbeitslosigkeit und ökologische Zerstörung zu formulieren.

27) Als Einstieg in den Umbau des Verkehrssystems ist es notwendig, das seit nunmehr 10 Jahren im politischen Raum diskutierte Handlungspaket, bestehend aus den Eckpunkten Ausbau der öffentlichen Verkehrsträger, Verlagerung der großen Güter- und Personenverkehrsströme auf die Schiene, verkehrsvermeidende Raumordnungs- und Stadtentwicklungspolitik, abgestuftes Tempolimit sowie die Diversifizierung der Automobilindustrie, endlich in reale Politik umzusetzen. Deswegen sind erhöhte öffentliche Investitionen in die Nahverkehrssysteme, in den Schienenverkehr dringend erforderlich. Diese Investitions umschichtungen müssen von einer gesetzlichen Initiative zur verkehrspolitischen Neuorientierung der Raumordnungs- und Städteplanung flankiert werden. Das Reformpotential in der Verkehrspolitik wird durch die Betonpolitik der Bundesregierung immer geringer und in die Zukunft verlängert immer teurer. Deswegen ist die Verkehrspolitik ein vordringliches Handlungsfeld innerhalb einer ökologischen Innovations- und Beschäftigungsoffensive!

28) Um der Gefahr Klimaverschärfender Emissionserhöhungen mit steigendem Stromverbrauch zu entgehen, ist es dringend erforderlich, die öffentlichen Investitionen im Energiebereich umzulenken und die Verantwortung für die Energieerzeugung und -versorgung von den Monopolkonzernen zu den kommunalen Stadtwerken zu verlagern. Die derzeit noch eng gefaßten Grenzen erneuerbarer Energien wie Sonne, Wind und Biomasse müssen überwunden werden. Dafür wollen wir neue Kraftwerke auf der Basis regenerativer Energieformen bauen, gleichzeitig aus der Atomenergie aussteigen und die Kohleverstromung zurückführen. Begleitet wird dieses Programm zur Umwandlung der Energiebasis von rationalen Energienutzungen durch Kraft-Wärme-Koppelung und dezentrale Versorgungsstrukturen. Mit einem solchen an das Greenpeace-Ausstiegsszenarium angelehnten Umbauprogramm sind nicht nur die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung um 40 Mrd. DM zu senken, sondern stetige positive Beschäftigungseffekte zu erzielen.

## 3. Demokratische Weiterentwicklung des Sozialstaates

29) Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in seinem Bericht zum Jahresanfang völlig zu Recht klargestellt, daß es keinerlei realwirtschaftliche Grundlagen für die Infragestellung des Sozialsystems gibt. Von einer Kostenüberdehnung des Sozialstaates redet die Bundesregierung nur, um die Binnenmarktstrukturen den veränderten Kapitalstrategien der Unternehmen anpassen zu können. Ein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik muß aber gerade der umgekehrten Logik folgen: Die Würde des Menschen und die soziale Gerechtigkeit verlangen

eine Demokratisierung der Wirtschaft. Die dritte Säule unserer ökologischen Innovations- und Beschäftigungsoffensive besteht deshalb aus der demokratischen Weiterentwicklung des Sozialsystems. Der konservativ verengte Sozialstaatsbegriff muß zugunsten einer freiheitlichen Sozialpolitik überwunden werden.

30) Nur wenn jedes Mitglied unserer Gesellschaft unabhängig von seiner Herkunft mit realistischen Erfolgsmöglichkeiten nach jedem gesellschaftlich legitimen Ziel streben kann, ist der soziale Rechtsstaat auch Wirklichkeit geworden. Dafür ist eine aktive Politik der Vollbeschäftigung Grundvoraussetzung. Eine neue, freiheitliche Sozialpolitik muß aber darüber hinaus die Tendenzen zur Vertiefung der Ungleichheit in den Systemen der Lohnersatzleistungen abbauen und die gesellschaftlichen Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten jedes/jeder einzelnen ausbauen. Der moderne Sozialstaat soll die individuellen Lebenspläne der Menschen sichern, anstatt sie fürsorglich-bürokratisch zu gängeln oder sie gar zu durchkreuzen.

31) Die Tendenz zur Vertiefung der Ungleichheit innerhalb der sozialen Sicherungssysteme trifft zuallererst die Frauen. Aufgrund der Fixierung der Versicherungssysteme auf die männliche Erwerbsbiographie ist es für Frauen oft unmöglich, entsprechende Versicherungsansprüche nachzuweisen. Das gilt auch für Jugendliche, die im Bildungssystem stecken. Diese Bevölkerungsgruppen müssen durch eine bedarfsorientierte Mindestsicherung eine unabhängige soziale Förderung erhalten.

32) Damit ökologische und soziale Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsansprüche auch Eingang in die Leitungskriterien und in die strategischen Entscheidungen der Unternehmensführungen finden, muß eine freiheitliche Sozialpolitik den Ausbau demokratischer Beteiligung in der Wirtschaft institutionell absichern. Die in der SPD verschüttete Debatte um den Ausbau von Wirtschaftsdemokratie und um eine Politik, die Wachstumsfelder auswählt, muß mit neuem Leben erfüllt werden. »Gesamtgesellschaftliche Rahmenplanung«, also die systematische Beeinflussung von Investitionsentscheidungen, betrieblichen Leitungskriterien, regionaler Branchenentwicklung und ökologischen Entwicklungschancen durch die Gesamtgesellschaft, ist keine utopische Träumerei. Schon heute werden einzelkapitalistische Entscheidungen, wird die »unsichtbare Hand des Marktes« durch ein wachsendes Geflecht von Institutionen, Verbänden und Körperschaften, die zwischen Markt und Staat angesiedelt sind, gelenkt. Die zunehmende Einflußnahme von Landesregierungen und Banken auf die Unternehmenslandschaft drückt die gestiegene Beeinflussung von Rahmendaten betriebswirtschaftlicher Einzelentscheidungen ebenfalls aus. Diese öffentlich-industrielle Mischstruktur ökonomischer Entscheidungen muß um offizielle Einrichtungen der Wirtschaftsdemokratie erweitert werden. Wir schlagen deshalb die Einrichtung von regionalen Wirtschafts- und Sozialausschüssen vor.

33) Die in allen modernen Managementkonzepten postulierte notwendige Mobilisierung des Basiswissens der Beschäftigten für die gesteigerte Leistungskraft des Unternehmens muß in entsprechende Gesetze umgemünzt werden. Deswegen bedö-

gen wir eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes. Die Mitbestimmung von Betriebsräten ist auf die Sachentscheidungen der Produktion auszudehnen.

#### 4 Finanzierung öffentlicher Investitionsstrategien

34) Unsere Vorstellungen von einer ökologischen Innovations- und Beschäftigungsoffensive machen deutlich, daß die Frage der Investitionsfinanzierung und der gesellschaftlichen Gewinnverwendung zweifellos von großer strategischer Bedeutung ist. In der aktuellen ökonomischen Lage ist zu berücksichtigen, daß die durchschnittliche Belastung der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen auf einen historischen Rekordwert angestiegen ist. Um die Massenkaukraft zu stärken, müssen diese Einkommen entlastet werden. Die erhebliche Verschuldung der öffentlichen Haushalte läßt es außerdem nicht mehr zu, eine solche Innovations- und Beschäftigungsoffensive in erster Linie über Kredite zu finanzieren. Eine beschäftigungsorientierte Finanzpolitik muß also die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen entlasten und aus den bisher verschonten Einkommens- und Vermögensgrößen zusätzliche finanzielle Reserven mobilisieren.

35) Wir Jungsozialistinnen haben in den letzten Jahren mehrfach Vorschläge für eine beschäftigungsorientierte Finanzpolitik unterbreitet. Uns geht es vor allem um die Abschöpfung hoher Einkommen bei Personen, die erwerbstätig, aber nicht an der Sozialversicherung beteiligt sind, sowie um die Mobilisierung der Einkommen und Vermögen von Spitzenverdienern aus den Reihen der Selbständigen, Freiberufler und Manager. Schließlich müssen ebenfalls Wege gefunden werden, wie die stabilen Gewinne der Unternehmer, die nicht investiert werden, für eine beschäftigungsorientierte Politik verwendet werden können.

36) Im Rahmen einer sozialen Reform des deutschen Steuersystems müssen jetzt die Voraussetzungen für eine solche beschäftigungsorientierte Finanzpolitik geschaffen werden. Im Kern geht es dabei um die Abschaffung der vielfältigen Begünstigungen der Besitz- und Vermögenseinkommen sowie um die optimale Ausnutzung vorhandener Steuerquellen etwa durch eine Reform der Unternehmensbesteuerung und der Grund-, Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung. Im Gegenzug muß eine strukturelle Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen etwa durch die Freistellung des Existenzminimums und durch einen neuen Familienlastenausgleich erfolgen. Mit einer solchen Mobilisierung zusätzlicher Einnahmen wachsen auch die Spielräume für die Finanzierung öffentlicher Investitionen durch die Nettokreditaufnahme.

37) Unsere Vorstellungen von einer modernen finanzpolitischen Konzeption gehen jedoch noch weiter. Will man eine ökologische Innovations- und Beschäftigungsoffensive wirklich präventiv und umfassend gestalten, so muß eine aktive Struktur- und Beschäftigungspolitik auf Dauer mit einem überbetrieblichen Finanzierungsverfahren verbunden werden. Deshalb bleiben demokratisch verwaltete Investitionsfonds, die aus Gewinnrückstellungen gespeist werden, unser politisches Ziel.

38) Bei unserer ökologischen Innovations- und Beschäftigungsoffensive rechnen wir mit einem Beschäftigungseffekt von über 2 Mio. Arbeitsplätzen. In Anlehnung an das Modernisierungs- und Beschäftigungsprogramm des DGB erwarten wir ca. 500.000 neue Arbeitsplätze durch die verstärkten öffentlichen Investitionen. Eine ausgebaut, öffentlich geförderte Beschäftigung erzielt einen ähnlichen zahlenmäßigen Beschäftigungseffekt. Untersuchungen zum Beschäftigungseffekt einer Energiewende verzeichnen ein Plus von ca. 120.000 Arbeitsplätzen. Auch der Umbau der Verkehrswirtschaft ließe sich mindestens beschäftigungsneutral gestalten. Die angepeilte Arbeitszeitverkürzung erbringt nach einschlägigen Modellrechnungen über 1 Mio. neuer Arbeitsplätze. Dieser Effekt kann noch wesentlich verbessert werden, wenn die Tarifverträge 1995 eine Stärkung der Massenkaukraft erbringt und wenn die Bundesbank für eine beschäftigungsorientierte Zinspolitik zu gewinnen ist.

#### 5 Der außenwirtschaftliche Kontext

39) Die beschriebene Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft und vor allem die transnationalen Konzernstrategien zwingen eine alternative Wirtschaftspolitik zur außenwirtschaftlichen Absicherung ihrer Politik. Eine detaillierte Beschreibung einer solchen Außenwirtschaftspolitik ist im Rahmen dieser »Berliner Erklärung« nicht möglich. Wir werden in den nächsten Monaten dazu eine eigenständige politische Initiative vorlegen. Grundsätzlich jedoch wollen wir schon heute festhalten: Nur wenn die Bundesrepublik als ökonomischer Kern der EU eine Politik der Binnenmarktentwicklung einschlägt, bestehen überhaupt Chancen, daß Europa zu einem Kontinent des ökologischen und sozialen Umbaus wird. Denn die Bundesrepublik ist keinesfalls Opfer anonymer Finanzmärkte und internationaler Kapitalstrategien, sondern in erster Linie »Täter«. Statt dies faktisch zu akzeptieren, kommt es darauf an, diese »Täterrolle« umzuwandeln und die bundesrepublikanische Wirtschaft zum Motor für europäische Projekte des Umbaus der Binnenmärkte und der kontrollierten Beziehungen zwischen der EU und dem Weltmarkt zu machen und damit Nord-Süd-Allianzen zu konzipieren. •



AKTIONSRAHME »STANDORT-DEBATTE«

WIRTSCHAFTSSTANDORT DEUTSCHLAND

# Wirtschaftsstandort Deutschland

Auszug aus dem Beschluß der Landeskongress 1994 der Jusos Bayern

## zum Wirtschaftsstandort Deutschland

### Einleitung

Die Bundesregierung hat in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1994 neben der Ankündigung von knapp 500.000 neuen Arbeitslosen für das laufende Jahr ihre altbekannten Forderungen zum Thema »Wirtschaftsstandort Deutschland« wiederholt. Die Ursachen der »Krise des Wirtschaftsstandorts Deutschland« hat die Bundesregierung schnell ausgemacht: Zu hohe Lohnkosten, zu hohe Staatsausgaben, Staatsschulden und Steuern, zu kurze Arbeitszeiten und zu viele staatliche Regulierungen überforderten die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die angeblich verlorengangene internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen soll mit Hilfe einer radikalen Schlankheitskur von Staat und Wirtschaft zurückherlangt werden. Dafür müsse Lohnzurückhaltung geübt, das Anspruchsniveau bei den Sozialleistungen gesenkt und der Staat aus der Wirtschaft zurückgenommen werden. Ausdruck dieser Politik waren der mit der SPD beschlossene Solidarpakt, der Standortbericht vom Herbst 1993 und das »Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung« im Januar dieses Jahres. Auch relevante Teile der Arbeitgeberverbände haben in dieses Klageleid medienwirksam mit eingestimmt.

Die Bedrohungsszenarien von Arbeitgebern und Bundesregierung lesen sich alle ähnlich, selbst Teile der Sozialdemokratie akzeptieren mittlerweile die zentralen Behauptungen. Im folgenden soll auf die häufigsten Argumente aus dem Lager der Bundesregierung und der Arbeitgeber eingegangen werden. Bewertung der Argumente von Bundesregierung und Arbeitgeber:

### Stichwort: Zu hohe Lohnkosten?

In die Kosten eines Produkts gehen nicht nur Löhne und Gehälter, sondern eine Reihe anderer Faktoren ein, wie etwa Material- und Energiekosten, Kapitalkosten in Form von Abschreibungen oder Zinszahlungen. Die sich daraus ergebenden und für die Marktposition wichtigen Stückkosten hängen in hohem Maße von der Kapazitätsauslastung in den Unternehmen ab. Sinkt diese im Zuge eines Konjunkturaufschwungs, so steigen die Stückkosten gewöhnlich, genauso wie sie im Zuge eines Konjunkturaufschwungs wieder sinken.

Es macht keinen Sinn, Lohnkosten ohne Rücksicht auf unterschiedliche Produktivitätsniveaus international miteinander zu vergleichen. Deshalb müssen die Lohnstückkosten miteinander verglichen werden. Diese sind aussagefähig in bezug auf den Vergleich der Wettbewerbsposition von Unternehmen, Branchen oder Staaten. Die Lohnnebenkosten einschließlich der Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung sind in der gesamtwirtschaftlichen Größe »Einkommen aus unselbständiger Arbeit«, mit der die Lohnstückkosten berechnet werden, enthalten. Sie können bei einer Belastungsrechnung neben den Lohnkosten also nicht ein weiteres Mal aufgeführt werden und bieten somit auch keine zusätzliche Begründung für angebliche Standortnachteile. Trotzdem werden sie in dem Standortbericht der Bundesregierung neben den Lohnkosten ein zweites Mal in Ansatz gebracht. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellt in seinem Wochenbericht 11/92 fest: »Die in nationaler Währung gemessenen Lohnstückkosten sind in der Bundesrepublik in den achtziger Jahren weniger schnell gestiegen als in den meisten konkurrierenden Volkswirtschaften«, d.h. die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen müßte sich also von der Lohnseite her verbessert und nicht verschlechtert haben.

Aber selbst bei einer methodisch genauen Berücksichtigung der Komponenten Direktlohn, Lohnnebenkosten und Arbeitszeiten kommt es bei den üblichen Berechnungen der Lohnstückkosten fast immer zu einer systematischen Verzerrung, die im Jahresvergleich eine »höhere Belastung der Unternehmen unterstellt, als tatsächlich vorliegt. Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß sowohl Bundesregierung als auch Sachverständigenrat in ihren Berechnungen unzulässig die nominale Größe »Einkommen aus unselbständiger Arbeit« mit der realen Größe »Produktionsergebnis zu konstanten Preisen« ins Verhältnis setzen. Die Europäische Kommission in Brüssel verwendet dagegen bei ihren Berechnungen nur reale Größen, um so die »realen Lohnstückkosten« zu ermitteln. Auf Grundlage der Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft ergab sich für 1988 folgendes Bild der Lohnstückkosten im produzierenden Gewerbe: Deutschland war damals keineswegs »Kosten-Weltmeister«, sondern wurde von Belgien und Luxemburg übertroffen. Lediglich Portugal, Italien, Großbritannien und Spanien lagen mit 22-



35% deutlich unter dem westdeutschen Niveau. Auch wenn die Zahlen von 1988 und 1991 nicht exakt miteinander vergleichbar sind, so zeigt sich, daß insbesondere die »Niedriglohnländer« von 1988, Großbritannien, Portugal und Spanien, deutlich aufgeschlossen haben.

In der Debatte um die Lohnstückkosten wird meist unterschlagen, daß die Arbeitskosten verschiedener Länder nur bedingt miteinander vergleichbar sind, weil z.B. die gesetzlich geregelte Sozialabsicherung in einigen Ländern, so etwa in der Bundesrepublik, über Personalzusatzkosten, in anderen Ländern hingegen über das Steuersystem finanziert werden (z.B. in Dänemark). Den Unternehmen entstehen in Feiden Fällen Kosten. Im Falle der Finanzierung über Personalzusatzkosten sind die Arbeitskosten aber direkt betroffen und gehen in die Berechnung der Lohnstückkosten ein. Würde man bei der Berechnung der Lohnstückkosten nur die Stundenverdienste (Direktentgelte) einbeziehen, so fielen Westdeutschland auf einen Mittelplatz zurück.

Die Behauptungen des arbeitgebereigenen »Instituts der deutschen Wirtschaft« zu den gestiegenen Lohnstückkosten, auf die sich die Forderungen von Regierung und Arbeitgebern immer wieder stützen, sind auf der Grundlage der gesicherten Daten und der Schätzungen der Kommission der Europäischen Gemeinschaft nicht haltbar. Zudem sind die Einschränkungen, die für den angestellten Niveauvergleich von Lohnstückkosten gemacht werden müssen, zu groß, um daraus einfache tarifpolitische Verzichtsforderungen ableiten zu können.

Die Betrachtung der nationalen Lohnstückkosten oder Stückkosten allein führt ohnehin nicht sehr weit, denn für die Marktposition eines Unternehmens sind nicht nur seine Produktionskosten, seine Lieferzuverlässigkeit, seine Qualität und der Service maßgeblich. Gerade in den letzten zwei Jahren hat sich innerhalb der Europäischen Union gezeigt, welche Rolle Wechselkursentwicklungen für die Wettbewerbsposition der Unternehmen spielen. Innerhalb eines Jahres, von August 1992 bis August 1993, nahm der Außenwert der DM gegenüber den EU-Währungen um fast 10% zu. Ein Anstieg der relativen Lohnstückkosten lag also nicht an maßlosen ArbeitnehmerInnenforderungen, sondern vor allem an der zeitweiligen Schwäche des US-Dollars und der Hochzinspolitik der Bundesbank, die den Aufwertungsdruck auf die DM verstärkten. Trotz dieser Nachteile wuchsen sowohl die deutschen Handelsbilanz- als auch die Leistungsbilanzüberschüsse während der achtziger Jahre steil an.

### Zu hohe Lohnnebenkosten?

Die Lohnnebenkosten bilden kein zusätzliches Argument in der Standortdebatte. Der Vergleich von Personalzusatzkosten aus Ländern mit unterschiedlicher Finanzierung des Sozialsystems führt zu einer Überbewertung der deutschen Personalzusatzkosten im internationalen Vergleich. Die Entscheidung über die Beitragssätze wird teilweise von staatlicher Seite, teilweise von den Sozialversicherungsträgern getroffen. Die Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungssysteme haben ihre Ursache in

der seit mehr als 10 Jahren andauernden Massenarbeitslosigkeit und in der gesunkenen Lohnquote. So schrieb die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in ihrem Memorandum 1988: »Hätten wir derzeit Vollbeschäftigung, so läge die Zahl der Beitragszahler um rund 3,5 Mio. Personen höher und die Zahl der Rentner um etwa 0,5 Mio. niedriger. Der Beitragssatz zur GRV müßte bei gleichem Leistungsniveau dann nur ca. 16% betragen.« Tatsächlich liegt der Beitragssatz heute aber bei 19,2%. Auch steigende Beiträge zu Krankenkassen spiegeln weniger den steigenden Gesundheitsstandard als vielmehr die steigenden Umwelt- und Gesundheitsrisiken wider. Die Massenarbeitslosigkeit führte des Weiteren zu einer verbesserten Position der Kapitalseite in den Verteilungsaueinanderstellungen. In den 80er Jahren sank die Grundlage für die Bemessung der Sozialversicherungsbeiträge – der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am gesamten Volkseinkommen – permanent. Die bereinigte Lohnquote erreichte 1990 ihren tiefsten Stand seit fast 30 Jahren. Ohne diese Umverteilung zugunsten der Unternehmerinkommen könnten heute die Beitragssätze zur Sozialversicherung und damit auch die Lohn-Nebenkosten deutlich niedriger liegen. Die Massenarbeitslosigkeit war zugleich Voraussetzung für die massive Ausweitung der nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die »freiwilligen« Sozialleistungen der Unternehmen sind das Ergebnis der in tariflichen oder betrieblichen Vereinbarungen zum Ausdruck gekommenen Präferenzen für andere Bestandteile des Lohnes im Vergleich zum ausbezahlten Lohn. Teilweise handelt es sich hierbei um künstliche Unterscheidungen; z.B. werden das 13. Monatsgehalt und andere unregelmäßige Lohnzahlungen zu den Personalnebenkosten gerechnet. Diese Art von Lohnnebenkosten kann erst recht nicht im Rahmen der Debatte zum Nachweis einer schlechter gewordenen Wettbewerbsposition der Bundesrepublik verwandt werden.

### Wildwuchs im sozialen Netz und überzogene Ansprüche der BürgerInnen machen das Sozialsystem unbezahlbar.

Der Sozialstaat ist in der Diskussion, nicht wegen der mittlerweile fast über 4 Mio. registrierten Arbeitslosen, der eklatanten Wohnungsnot oder einer stetig steigenden Armutspopulation. Es ist vielmehr der »Wildwuchs bei den Sozialleistungen«, den die Bundesregierung zum wiederholten Male entdeckt hat. Der Staat müsse sich auf das Wesentliche zurück ziehen und die BürgerInnen müßten endlich überzogene Ansprüche aufgeben, um mehr Eigeninitiative zum Durchbruch zu verhelfen. Daß die Schlagwörter von den »überzogenen Ansprüchen an das soziale Netz« mit der Realität nichts zu tun haben, zeigen sowohl die Lebensverhältnisse der von Armut betroffenen Menschen als auch die Entwicklung der Sozialquote in Deutschland: Die Sozialausgaben gemessen am Bruttosozialprodukt sind seit 1975 von 33,7% auf 29,3% im Jahre 1990 gesunken. Dies bedeutet, daß die Gesellschaft gemessen an der Wirtschaftsleistung 13% weniger für Sozialpolitik ausgab als noch vor 15 Jahren. Der

Anstieg der Sozialquote in den letzten drei Jahren hat nichts mit einer veränderten sozialpolitischen Ausrichtung der Regierungspolitik zu tun, sondern mit dem durch den übereilten Anschluß der DDR ausgelösten Zerfall der ökonomischen und sozialen Strukturen in Ostdeutschland und den dadurch notwendig gewordenen massiven finanziellen Stützungsmaßnahmen aus dem westlichen Teil der Bundesrepublik. Die Folgen der langjährigen Politik des Sozialabbaus der Bundesregierung sind mittlerweile unbestritten. Legt man den Maßstab der Europäischen Gemeinschaft zur Erstellung eines von der Bundesregierung immer verweigerten Armutsberichts an, so gibt es in den alten Bundesländern mittlerweile fast 7 Mio. Menschen, die in Armut leben. Die statistische Armutsgrenze lag 1991 bei einem Monatseinkommen von 758 DM (West) bzw. 464 DM (Ost). Der Niedrigsteinkommensbereich liegt bei 60% des Durchschnittsnettoeinkommens; darunter fielen in Westdeutschland 12% und in Ostdeutschland 10% der Bevölkerung. Von den Kindern unter 16 Jahren leben heute ca. 10% in armen Familien, eine Million Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind auf Sozialhilfe angewiesen, 500.000 Kinder sind in Obdachlosensiedlungen und Notunterkünften untergebracht.

Unterdurchschnittliche Entlohnung und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung führen insbesondere bei Frauen sehr häufig zu äußerst niedrigen Rentenzahlungen. Diese mangelhafte Absicherung drückt sich auch in der Sozialhilfe-statistik aus. Die geschiedenen und ledigen Frauen gehören zu den überproportional auf Sozialhilfe angewiesenen Personengruppen im Alter; während sie nur 4 bis 8% aller Privathaushalte stellen, entfallen von allen Haushalten mit Sozialhilfebezug 22% auf geschiedene und 20% auf ledige Frauen. Die Ausweitung der prekären Beschäftigung trägt zudem zu einer Verschlechterung der sozialen Absicherung von Frauen im Alter bei. Mehr als 90% aller Teilzeitarbeiter sind Frauen; die Verdienste sind in aller Regel nicht existenzsichernd. In vielen Fällen ist Altersarmut und der Weg zum Sozialamt für Frauen somit vorprogrammiert.

Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen ist in Westdeutschland von 1980 bis heute um 75% auf 4 Mio. Personen angestiegen. Hinzu kommen etwa 2 Mio. Sozialhilfebedürftige, die aus Unkenntnis und vor allem aus Scham ihren Anspruch nicht geltend machen. Ziel der Bundesregierung ist es, über ein Absenken des Niveaus der Sozialhilfe und der Lohnersatzleistungen verstärkten Druck auf die Arbeitsentgelte zu ermöglichen. Die Mindestlohnfunktion, die den Sozialleistungen in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit insbesondere in Ostdeutschland zukommt, soll reduziert werden, um eine neue Runde der Lohnsenkung einzuleiten zu können.

Nach Berechnungen des Sozialwissenschaftlers Rainer Roth reicht die Sozialhilfe jedoch durchschnittlich nur für 20 Tage; die Untersuchungen der Wohlfahrtsverbände bestätigen in etwa diese Angabe. Das Argument, der Eck-Regelsatz der Sozialhilfe sei in den neunziger Jahren stärker gestiegen als die Netto-lohn- und Gehaltssumme pro durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer (48% zu 42%), soll die angebliche Notwendigkeit

eines größeren Abstandes von Sozialhilfe und Niedriglöhnen unterstreichen. Die Vertreter einer »Wiederherstellung des Lohnabstandsgebots« verschweigen dabei freilich, daß sich der absolute Abstand in dem genannten Zeitraum um fast 600 DM vergrößert hat. Von einer Annäherung der Sozialhilfe an die Niedriglöhne kann also, was Westdeutschland angeht, nur in absoluten Ausnahmefällen die Rede sein; und selbst dann hat dies mehr mit den zu niedrigen Löhnen als mit zu hohen Sozialhilfesätzen zu tun.

### Stichwort »Freizeitweltmeister«?

Internationale Vergleiche der Dauer der jährlichen Arbeitszeit kommen zu völlig verschiedenen Ergebnissen, je nachdem welche Arbeitszeit man miteinander vergleicht. Die gesetzliche oder tarifliche Sollarbeitszeit umfaßt die um den Jahresurlaub und andere garantierte Freizeiten (Feiertage, Samstage, Sonntage, eventuelle sonstige Freistellungen) verminderte Jahresarbeitszeit. Diese vertragliche Arbeitszeit entspricht jedoch keinesfalls der effektiv geleisteten Arbeitszeit pro Vollzeitbeschäftigten. Diese ergibt sich aus der Summe der Sollarbeitszeit mit den Fehlzeiten (Krankheit, Schichtwetter, Kurzarbeit, Streik etc.) und der zusätzlich geleisteten Mehrarbeit.

Um zur durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit pro Beschäftigten zu gelangen, ist es schließlich notwendig, die wachsende Teilzeitbeschäftigung mit einzubeziehen, da sich bei hoher Teilzeitquote die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit beträchtlich vermindern kann. Die tarifliche Sollarbeitszeit in der Bundesrepublik gehört tatsächlich zu den kürzesten in der Welt. Die üblichen Vergleiche der Jahressollarbeitszeiten stellen aber nur die wöchentliche Arbeitszeit und den Jahresurlaub in Rechnung, bei denen die Bundesrepublik an der Spitze steht. Die zwar in vielen Nachbarländern, jedoch kaum in der Bundesrepublik vorgesehene kürzere Sollarbeitszeit für SchichtarbeiterInnen ist hier nicht berücksichtigt. Bei der effektiven Arbeitszeit pro Vollzeitbeschäftigten nimmt die Bundesrepublik mit einer durchschnittlichen Überstundenquote von 45% und Fehlzeiten von 134 Stunden einen Mittelplatz ein. Die skandinavischen Länder weisen die kürzeste effektive Arbeitszeit pro Vollbeschäftigten auf. Beträgt der Abstand in der tariflichen Sollarbeitszeit zwischen den USA und der Bundesrepublik noch 206 Stunden, so schmilzt er bei der effektiven Jahresarbeitszeit auf 98 Stunden. Wird die Teilzeitarbeit einbezogen, um die effektive Arbeitszeit pro Beschäftigten zu ermitteln, sinkt die Bundesrepublik mit ihrer international niedrigen Teilzeitquote weiter ab. Daß es nicht ausreicht, die wöchentlichen Betriebszeiten miteinander zu vergleichen, wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß in der Bundesrepublik die durchschnittliche Dauer des Betriebsurlaubs in Wochen, bezogen auf alle Betriebe, deutlich kürzer als in den Vergleichsländern war.

### Stichwort »Zu kurze Maschinenlaufzeiten«?

Die Bundesrepublik hat im internationalen Vergleich lange Betriebszeiten. Die wöchentlichen Betriebszeiten lagen (nach dem Beschäftigungskonzept) 1989 mit 63,9 Stunden über

denen in Frankreich (56 Stunden 1986) und in Schweden (56,5 Stunden 1988). Außerdem stehen im Jahresverlauf die Maschinen in der Bundesrepublik kürzer still als in allen anderen EU-Ländern. Behauptungen, die Bundesrepublik weise die kürzeste Betriebszeit in Europa auf, beruhen auf unzulässigen Vergleichen von Daten, die nach verschiedenen Konzepten erhoben und berechnet wurden. Ganz abgesehen von den internationalen Vergleichen, kann eine Betriebszeitenverlängerung massive Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten bedeuten. Etwa bei Nachtarbeit sind die Gefahren am Arbeitsplatz höher, da Arbeitsunfälle nachts wesentlich häufiger auftreten als tagsüber. Die Erholungsmöglichkeiten sind eingeschränkter, da die Freizeit kaum in gesellschaftliche Strukturen eingebunden werden kann. Aber nicht nur allgemeine kulturelle und familiäre Ereignisse treten in den Hintergrund.

Da insbesondere in den Großstädten der Lärmpegel weiter zugenommen hat, ist eine umfassende Erholung für Nachtarbeiterinnen kaum möglich. Von den nachtschichtarbeitenden Frauen bekommt nur ein gutes Drittel ausreichend viel Schlaf. Nach verschiedenen Untersuchungen ist die Anfälligkeit für Streßkrankheiten – wie Magenkrankungen – bei NachtarbeiterInnen höher. Die hohen gesundheitlichen Risiken führen zur Arbeitsunfähigkeit und Frühverrentung.

### **Stichwort: Weil die Unternehmen in Deutschland zu geringe Gewinne machen, können sie nichts mehr investieren.**

Grundrirtum dieses Arguments ist die Gleichsetzung von Gewinnen und Investitionen nach dem alten Motto: «Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.» Wieviel in einer Volkswirtschaft investiert werden kann, hängt nicht von der Höhe der Gewinne, sondern von der Höhe der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis und der Entwicklung der Leistungsbilanz ab. Aber das Argument hält neben der theoretischen auch keiner empirischen Überprüfung stand, denn die Investitionen in der Bundesrepublik sind in den letzten Jahren im Vergleich zu früheren Aufschwungphasen niedrig geblieben, obwohl sich die Gewinnssituation der Unternehmen ausgezeichnet darstellte. So stellt die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom November 1991 für das Jahr 1990 fest: «Danach haben die Jahresüberschüsse der Unternehmen in den hier analysierten Wirtschaftsbereichen vor Abzug der Steuern um 9% und nach Steuern um 12,5% gegenüber dem Vorjahr zugenommen.» Die Wachstumsraten von 1989 gegenüber 1988 lagen bei 3,9% vor Abzug der Steuern und bei 11,1% nach Steuern. Wieviel ArbeitnehmerInnen mag es wohl gegeben haben, die in diesen Jahren ähnliche Lohn- und Gehaltssteigerungen realisieren konnten? Betrachtet man die Kapitalrentabilität der bundesdeutschen Unternehmen seit 1960, so stellen die Jahre 1987-89 Rekordjahre dar. Dies ergibt sich sowohl aus Berechnungen auf der Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) wie auch auf Grundlage der amtlichen Bilanzstatistik. Das Investitionsniveau liegt dage-

gen seit 1983 sehr weit unter dem Ertragsniveau. Trotz gesteigerter Gewinnausschüttungen bei den Unternehmen insgesamt, wie auch bei den Aktiengesellschaften, übertreffen die eigenen Finanzierungsmittel der letzten Jahre die Sachinvestitionen bei weitem: Um 50 bis 70% bei den Unternehmen insgesamt und um 35 bis 40% bei den industriellen Aktiengesellschaften.

### **Stichwort: Zu hohe Unternehmenssteuern?**

Die in den späten achtziger Jahren von Arbeitgeberseite inszenierte Debatte zur Unternehmenssteuerreform hatte in den letzten Jahren vor allem aufgrund der Finanzierungsprobleme des Bundes an Heftigkeit verloren. Damals wurde auf Grundlage einer methodisch wie analytisch fragwürdigen Studie des wirtschafts-eigenen Instituts der deutschen Wirtschaft eine Steuerbelastung deutscher Unternehmen von ca. 70% des Gewinns «festgestellt» und daraus die Notwendigkeit einer massiven Steuersenkung für Unternehmen in Deutschland abgeleitet. Schon damals wurden diese Zahlen von anderen Forschungsinstituten, aber auch von der Deutschen Bundesbank, als deutlich überhöht zurückgewiesen. Ein von der Bundesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten zu diesem Thema kam zu einem unerwünschten Schluß – das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stellte in seinem Wochenbericht 29/89 fest: «Insgesamt kann derzeit nicht der Schluß gezogen werden, die BRD müsse im Bereich der auf Unternehmenseinkommen lastenden Körperschafts- und/oder Einkommensteuer für allgemeine Erleichterungen sorgen. ...» Schon damals focht das Ergebnis von ihr in Auftrag gegebenen Studie die Bundesregierung nicht an; sie versuchte weiterhin eine Senkung der Unternehmensbesteuerung voranzutreiben, wurde aber von der Finanzierungsproblematik in Zusammenhang mit der Entwicklung in Ostdeutschland zunächst aufgehalten. Während das DIW in seiner Studie deutlich auf die Schwierigkeiten von internationalen Vergleichen von Steuersystemen hingewiesen hat, geben sich die Vertreter von Bundesregierung und Arbeitgeberseite mit solchen Unwichtigkeiten nicht ab. Nach dem Motto «Der Zweck heiligt die Mittel» wird verglichen, was nicht zusammengehört. So besteht zum einen ein Problem bei einem Vergleich der Gewinnbesteuerung in der unterschiedlichen Gewinnermittlung in verschiedenen Ländern. So hat das DIW in seiner Untersuchung einfach die Spitzensteuersätze mehrerer Steuerarten addiert und miteinander verglichen. Die auf nationaler Ebene unterschiedlichen Möglichkeiten in Form der Bilanzierung den Gewinn durch Abschreibungen und Rücklagenbildung klein zu rechnen wurden genauso wenig berücksichtigt wie die Tatsache, daß gerade im deutschen Steuerrecht die Abschreibungsmodalitäten für Unternehmen relativ günstig geregelt sind. Das DIW bezog diese Vorteile deutscher Unternehmen in sein Gutachten von 1989 mit ein. Die Möglichkeit Gewinne auszuschütten war den Vertretern des wirtschaftseigenen Institutes bisher anscheinend verborgen geblieben, denn bei ihrer Berechnungen setzten sie nur den Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne von 56%, nicht aber den für ausgeschüttete Gewinne

von 36% an. Die Steuerlastquoten beim tatsächlichen Ausschüttungsverhältnis sehen die Bundesrepublik keineswegs an erster Stelle. Einen weiteren Vorteil gegenüber anderen Staaten bietet das deutsche Steuerrecht im Hinblick auf die Besteuerung ausgeschütteter Gewinne und ihrer Anrechnung auf die individuelle Steuerschuld. Während in anderen Ländern praktisch eine Doppelbesteuerung zumindest eines Teils der ausgeschütteter Gewinne vorgenommen wird, ist die vom Unternehmen bezahlte Körperschaftsteuer in Deutschland voll auf die individuelle Steuerschuld anrechenbar. Dies hat teilweise dazu geführt, daß die Unternehmen einen Teil ihrer Gewinne ausschütteten, die dann in das Unternehmen zurückflossen. Die Gewinne wurden somit nicht mit dem Körperschaftsteuersatz, sondern mit dem meist geringeren individuellen Einkommensteuersatz versteuert. Bezieht man all diese Faktoren in die Berechnung der Steuerlastquoten mit ein, so ergibt sich ein anderes Bild als das, was von Bundesregierung und Unternehmen vorgegaukelt wird. Insgesamt wurde die durchschnittliche Steuerbelastung der Unternehmensgewinne von ca. 33% (1980) auf nur mehr 21% im Jahre 1990 gesenkt. Die Bundesregierung hat mit der Unternehmenssteuerentlastung im Rahmen des Standort sicherungsgesetzes dennoch einen neuerlichen Steuersenkungswettbewerb im internationalen Maßstab mit ausgelöst.

### **Standort Deutschland – eine kritische Bestandsaufnahme**

Hohe Überschüsse im Außenhandel, ständige und zumeist steigende Überschüsse im Handel mit Waren und Dienstleistungen kennzeichnen, den bundesdeutschen Außenhandel seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Auch die Erzielung positiver Leistungsbilanzen gehört – von wenigen Ausnahmen abgesehen – zu den Konstanten der bundesdeutschen Wirtschaftsentwicklung. Die außenwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik hat seit Anfang der 50er Jahre stets zugenommen. Die Exporttätigkeit stieg von anfänglich etwa 10% des Bruttoinlandsprodukts bis Ende der 80er Jahre auf etwa ein Drittel des BIP an. Der Anteil der BRD am gesamten Weltexport übersteigt den Anteil der BRD an der Weltwirtschaft, wie er im Bruttosozialprodukt Ausdruck findet. Damit ist das BRD-Kapital auf den Weltmärkten erfolgreicher als die US-amerikanischen oder japanischen Unternehmen. Die stark im Außenhandel engagierten Branchen der BRD konnten ihre internationale Wettbewerbsstärke über Jahrzehnte hinweg erhöhen. Gerade in den 80er Jahren wurden Marktanteile hinzugewonnen. Der deutsche Anteil am Welthandel steigerte sich von 9,5 Prozent in der ersten Hälfte der 80er Jahre auf ca. 11,5 Prozent Anfang der 90er Jahre.

### **Breites Exportspektrum der deutschen Wirtschaft**

Die bundesdeutsche Wirtschaft kann sich dabei auf ein außergewöhnlich breites Exportspektrum stützen. Dies reicht von Industrie- bis zu Konsumgütern; überraschend viele Branchen sind mit der Herstellung verschiedenartigster Produktionsma-

schinen befaßt. Kein Land der Welt, auch Japan nicht, weist eine derartige Breite und Tiefe an Branchen mit einer starken internationalen Stellung auf. Mitte der 80er Jahre hatten nicht weniger als 345 Branchen einen Anteil am Weltexport, der über dem bundesdeutschen Durchschnittsanteil am Weltexport lag. Auf die fünfzig Branchen mit dem höchsten Exportwert entfielen nur ca. 41% der gesamten deutschen Ausfuhr, gegenüber 51% in den USA und 62% in Japan. Die deutschen Unternehmen besitzen eine starke Position in sehr vielen Branchen. Diese Vielseitigkeit der deutschen Exporttätigkeit macht das BRD-Kapital auf den Weltmärkten vergleichsweise unempfindlich. Die BRD hält nach wie vor die mit Abstand führende Position im Maschinenbau. Mehr als 22 Prozent der gesamten Ausfuhr der entwickelten Industrieländer (OECD-Länder) an Maschinen kommt aus deutschen Unternehmen. Bei Straßenfahrzeugen sind es 21 Prozent. Bei chemischen Erzeugnissen wird die 20-Prozent-Marke nur knapp verfehlt (19,6%).

### **Technologische Wettbewerbsfähigkeit**

Für die Bundesrepublik als ein Land mit verhältnismäßig hohen Löhnen und relativ wenig Rohstoffen ist die technologische Wettbewerbsfähigkeit ein Schlüsselfaktor. Für Standortentscheidungen in hochentwickelten Ländern hat dieser Faktor ein höheres Gewicht als die Arbeitskosten oder die Unternehmensbesteuerung. Es geht hierbei um das technologische Niveau der Produkte und um die Verbesserungen der Produktionsverfahren (Prozeßinnovation). Außenhandelserfolge mit forschungsintensiven Waren sind ein wichtiger Indikator, der die technologische Wettbewerbsfähigkeit anzeigt. Die BRD konnte ihren Welt handelsanteil an forschungsintensiven Waren (Waren mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen) nach einer 1989 durchgeführten Untersuchung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in den 80er Jahren steigern. Bei den Anteilen an Spitzentechnologien lag die BRD mit 15 Prozent deutlich hinter den USA (27 Prozent) auf dem zweiten Platz noch vor Japan (14 Prozent) und mit deutlichem Vorsprung vor der innereuropäischen Konkurrenz. Bei den hochwertigen Technologien nahm die BRD mit einem Welthandelsanteil von über 22 Prozent sogar den Spitzenplatz ein. Die BRD ist in starkem Maße auf technologische und qualifikationsintensive Güter spezialisiert. Auch der deutsche Inlandswettbewerb ist mehr ein Technologie-, Produktionsleistungs- und Dienstleistungswettbewerb als ein reiner Preiswettbewerb.

### **Standortbedingungen für die Wirtschaft**

#### **• Hohe Qualifikation der Arbeitskräfte**

Der Standortfaktor Ausbildung erhält in den hochentwickelten Industriestaaten vor dem Hintergrund der technischen Entwicklung eine immer größere Bedeutung. Ohne umfassende Qualifikationen der Arbeitskräfte und gut ausgebaute Weiterbildungsmöglichkeiten läßt sich auf die Dauer technologische Wettbewerbsfähigkeit nicht sichern.

Trotz der bestehenden gravierenden Defizite befindet sich das bundesdeutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich auf einem hohen Niveau und trägt damit zur Wettbewerbsstärke der deutschen Wirtschaft erheblich bei. Insbesondere ein relativ gut ausgebildetes »Lehrlingssystem«, das zur Qualifizierung auf ganz speziellen Gebieten führt, wird vor allem in der ausländischen Standortdiskussion als herausragender Standortvorteil im Bereich der Arbeitskräftequalifikation angesehen. Insbesondere Arbeiter und Arbeiterinnen sind auf Spezialgebieten besser ausgebildet als in Ländern, die eine derart systematische Berufsausbildung nicht kennen. Damit besteht auch für die berufliche Weiterbildung eine vergleichsweise bessere theoretische Grundlage. Das fördert die Fähigkeit, Güter von steigender Qualität und Differenziertheit herstellen zu können. Unter Wettbewerbsaspekten muß allerdings negativ eingeschätzt werden, daß die vorhandenen großen Qualifikationspotentiale von Frauen nicht durch eine gezielte Frauenförderpolitik erschlossen werden.

#### ● **Anspruchsvolle Nachfrage und strenge Produktnormen**

Eine gehobene und anspruchsvolle Nachfrage sowie strenge Produktnormen steigern auf mittlere bis längere Sicht die Wettbewerbsstärke einer Volkswirtschaft. Besonders vorteilhaft sind strenge Regulierungen, die internationale Entwicklungen vorwegnehmen bzw. diesen vorausgehen (z.B. umweltorientierte Produktnormen). Da auch international erfolgreiche deutsche Unternehmen zunächst ihren Erfolg im inheimischen Binnenmarkt sichern müssen, trägt eine anspruchsvolle Nachfrage ebenfalls zu einer besseren Weltmarktfähigkeit der entsprechenden Produkte bei. Die bundesdeutschen KundInnen, in den Privathaushalten wie in der Industrie, sind relativ gut informiert und anspruchsvoll. Qualität wird großgeschrieben, die PrivatverbraucherInnen benutzen langlebige Wirtschaftsgüter zumeist länger als beispielsweise in den Vereinigten Staaten. Die anspruchsvolle Nachfrage erzwingt letztlich ständige Produktverbesserungen. Die Fähigkeit auch auf ausländischen Märkten erfolgreich zu sein nimmt zu.

In die gleiche Richtung wirken die im internationalen Vergleich strengen Produktnormen sowie – in einigen Bereichen – vergleichsweise strengere Umweltschutzbestimmungen: Der anspruchsvolle Inlandsmarkt kommt teilweise in den DIN-Normen zum Ausdruck, die weltweit zu den schärfsten Normen zählen. Auch bei der Produktsicherheit sind relativ strenge Maßstäbe gesetzt.

#### ● **Inlandswettbewerb und Infrastruktur**

Wenngleich auch viele große Unternehmen und Großkonzerne erfolgreich auf den internationalen Märkten präsent sind, so beruht die Wettbewerbsfähigkeit der BRD doch zu einem großen Teil auf den Klein- und Mittelbetrieben (z.B. Maschinenbau). Die meisten deutschen Firmen sind sehr stark international orientiert. Ein starker Inlandswettbewerb herrscht in Branchen,

wenn diese Branchen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ausländischen Konkurrenten besitzen. In den Bereichen Personewagen, Lastwagen, Chemie oder optische Geräte existieren mindestens drei oder vier bedeutende Wettbewerber. Das Niveau der Imporschutzbeschränkungen ist in der BRD im internationalen Maßstab relativ niedrig.

Ein funktionierender Inlandswettbewerb macht ständige Verbesserungen notwendig und ist eine wichtige Stütze der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Unternehmen können auf eine Infrastruktur zurückgreifen, die sich auf einem hohen Stand befindet. Gerade die Verkehrsinfrastruktur ist sehr gut entwickelt, bei der Telekommunikation holt die BRD gerade ihren internationalen Rückstand auf.

#### ● **Hohe Löhne als Innovationsfaktor**

Die vergleichsweise hohen deutschen Löhne sowie Arbeitsgesetze, die Entlassungen erschweren, sind seit langem wichtige Innovationsanreize. Sie haben die Unternehmen dazu veranlaßt, in vielen Bereichen vor ausländischen Wettbewerbern zu automatisieren, was in der Herstellung zu einer Arbeitsproduktivität geführt hat, die in mancher Hinsicht die höchste der Welt ist. Hohe Löhne haben die Unternehmen ebenso dazu gedrängt, auf Qualität zu setzen, damit sie höhere Preise realisieren könnten. Die Unternehmen waren gezwungen, auch in technologisch hochstehende Branchenbereiche einzusteigen. Zu diesem Ergebnis kommt der weltweit bekannteste Wettbewerbstheoretiker, Michael Porter, in einer umfassenden empirischen Untersuchung des Wettbewerbs Erfolgs von 100 Branchen in 10 Industrienationen.

#### ● **Schwächen des Wirtschaftsstandorts**

Ein wesentliches Defizit weisen deutsche Unternehmen vor allem bei Halbleitern/Computern und bei vielen Elektronikprodukten auf. So zählen z.B. im Unterschied zur BRD die Computer- und Rechenmaschinenbranchen zu den 50 international erfolgreichsten Branchen der USA. Bei den 50 erfolgreichsten japanischen Branchen befinden sich überdurchschnittlich viele Elektronikprodukte mit einem exorbitant hohen Anteil am gesamten Weltexport. Auch die Struktur der Patentanmeldungen legt die Wettbewerbschwäche im Bereich der Mikroelektronik offen. Das Verhältnis zwischen der BRD, den USA und Japan liegt hier bei 1 : 9,2 : 127,5. Die Erfindungsaktivität, die als Indikator für die zukünftige Entwicklung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit brauchbar ist, ist in der Bundesrepublik leicht rückläufig. Bei Aufschlüsselung der Erfindungsaktivitäten nach den Wachstumsfeldern »Informations- und Kommunikationstechnik«, »Fabrikautomatisierung« und »Ernährung und Gesundheit« ergibt sich im Weltmaßstab eine relativ starke Position der Bundesrepublik in den Feldern »Fabrikautomatisierung« und »Ernährung und Gesundheit«. In der »Informations- und Kommunikationstechnik«, die an Bedeutung zunehmen wird, sieht es für die Bundesrepublik – wie gezeigt – weniger günstig aus. Erfindungen im Bereich EDV- und Mikrotechnik sind nach wie vor unterdurchschnittlich.

Ein weiteres Defizit besteht darin, daß das deutsche Management in der Entwicklung innovativer Produktionskonzepte insbesondere gegenüber japanischen Wettbewerbern hinterhinkt. Der partielle Kostenvorsprung japanischer Unternehmen besteht in überlegenen Fertigungsabläufen. »Schlanke Produktion«, »Just-in-time« und Teamarbeit stehen als Begriffe für diesen grundlegenden Umbau der Arbeitsorganisation. Allerdings darf die weitverbreitete Kritik an den »Nieten in Nadelstreifen« nicht in der Forderung nach einer bloßen Übernahme der neuen japanischen Arbeitsorganisation enden. Vielmehr muß es darum gehen, die vorhandenen Möglichkeiten zur Steigerung der Produktivität mit einer Demokratisierung und Humanisierung der Arbeit zu verknüpfen. Die Beschäftigten müssen dazu ihre kreativen Potentiale einbringen und entfalten können. Dies erfordert eine Arbeitsorganisation, die von mehr individueller und kollektiver Mitbestimmung charakterisiert ist.

Diese Standortschwächen werden jedoch in der öffentlichen Debatte zu stark dramatisiert. Die Bundesrepublik rangiert bei Zukunftstechnologien neben den USA und Japan immer noch an der Spitze. Ihr größtes Potential liegt nach einer Studie der Wirtschaftswoche im Bereich der hochwertigen Dienstleistungen. Noch vor den USA und weit vor den europäischen Nachbarländern bietet die Bundesrepublik die besten Voraussetzungen für die Entwicklung hochwertiger Service-Industrien. So wuchs die Beschäftigtenzahl in den westdeutschen Serviceunternehmen von 1970 bis 1992 um durchschnittlich 3%. Ein großes Wettbewerbspotential liegt in der Integration Ost- und Westeuropas; dies kann zu einem weiteren Kreativitätsschub führen. Schon heute beträgt der Anteil Deutschlands an den Gesamtimporten der mit Ost-, Ost- und südeuropäischen Länder fast 30%. Insbesondere die Nähe zu den Zukunftsmärkten in Osteuropa wird Investoren in die Bundesrepublik locken. Als Beispiele für zukunftsfruchtige Technologien, bei denen die Bundesrepublik vorne mitmisch und in Teilbereichen führt, sind Mikrosysteme und Mikromotorik zu nennen.

#### ● **Deutsche Außenhandelsrolle und Weltmarktfizierung**

Die Fixierung der Unternehmenswirtschaft auf den Weltmarkt kennzeichnet die bundesdeutsche Wirtschaftsentwicklung seit den frühen 50er Jahren. Im Rahmen eines exportorientierten Entwicklungsmodells hat die BRD seit Kriegsende fast durchgehend positive Handels- und Leistungsbilanzen aufzuweisen. Die BRD wurde zu einer der größten Glaubigenationen der westlichen Welt. Stets wurde der deutsche Export (»Made in Germany«) ideologisiert und als wichtigstes Mittel zur Sicherung der Beschäftigung ausgegeben. Die kurzen Phasen mit Leistungsbilanzdefiziten (1979-81) waren immer mit einer politischen Klimaverschärfung verknüpft, da insbesondere von Arbeitgebersseite der bevorstehende »Niedergang« der BRD-Ökonomie bzw. deren angebliche technologische Rückständigkeit sowie die endrückende Last »ausufernder« staatlicher Sozialleistungen

ins Feld geführt wurden, um das eingetretene Defizit entsprechend der Kapitalinteressen zu interpretieren. Dies trifft auch auf die aktuelle politische Situation wieder zu. Die BRD weist seit 1991 ein anhaltendes Defizit in der Leistungsbilanz auf. Dieses resultiert jedoch vorwiegend aus der Übertragungsbilanz, die z.B. die Zahlungen der BRD an EU und UNO oder die Überweisungen der ausländischen GastarbeiterInnen in ihre Heimatländer wieder gibt. Gerade die Zahlungen an die EU sind in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Im Handel mit Waren und Dienstleistungen (Außenbeitrag) werden jedoch weiterhin hohe Überschüsse erzielt. Trotz der Einbeziehung Ostdeutschlands stieg das Plus in der Handelsbilanz seit 1991 kontinuierlich an. Betrug es 1991 »nur« ca. 22 Mrd. DM, so belief es sich im Jahre 1992 schon auf über 33 Mrd. DM. 1993 verdoppelte es sich auf fast 60 Mrd. DM.

Die in der BRD verfolgte doppelte Zielsetzung, sowohl permanente Überschüsse erzielen als auch die geldpolitische Vornachstellung (DM als EU-Ankerwährung) verteidigen zu wollen, geht dabei nicht allein auf Kosten der ArbeitnehmerInnen in den Ländern, die infolgedessen eine anhaltend negative Leistungsbilanz aufweisen (wenn die Ausfuhr dauerhaft die Einfuhren übersteigen, wird auch beständig Arbeitslosigkeit exportiert). Vielmehr geht diese einseitig exportorientierte Politik auch auf Kosten der ArbeitnehmerInnen in der BRD, da permanent ein großer Teil der geschaffenen Werte nicht konsumiert werden kann. Diese ArbeitnehmerInnen werden zwar ständig angehalten, noch produktiver zu arbeiten, um die starke Position auf den internationalen Märkten halten zu können; sie erleben aber Wohlfahrtsverluste, weil sie mehr erarbeiten, als sie verbrauchen und genießen können.

Weltwirtschaftlich gesehen ist der Wettlauf um eine glänzende Handels- und Leistungsbilanz immer ein Nullsummenspiel auf Kosten der Beschäftigten, die auf diese Weise in eine verschärfte und vermeidbare Konkurrenz getrieben werden (»die japanische Herausforderung«). Was das eine Land auf den Weltmärkten (anteilmäßig) zusätzlich verkauft, geht dem anderen an Marktanteilen verloren. Dies gilt natürlich ebenso für den Beschäftigungsstand. Die vernünftige Zielsetzung lautet daher, mittel- bis längerfristig ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen. Dies ist auch an sich im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 verankert; praktisch spielte diese Norm jedoch keine Rolle. Denn die letztendlichen Gewinner beständiger Exportüberschüsse sind die Unternehmer und die Kapitalgeber, deren Interessen »unser« Wirtschaftssystem dominieren. Für die Lohnabhängigen besteht allerdings immer die Gefahr, daß sich die in der Konkurrenz unterlegenen Staaten mit protektionistischen Maßnahmen gegen die Einfuhren aus dem Überschubland zur Wehr setzen. Dann nämlich stehen wegen der einseitigen Ausfuhrabhängigkeit auch die zunächst gewonnenen Arbeitsplätze wieder zur Disposition. Die Bindung der Volkswirtschaft an den Weltmarkt wird noch intensiver und stärker, als sie aufgrund der gewachsenen ökonomischen Verflechtungen ohnehin bereits gediehen ist. Weltwirtschaftskrisen



vergrößern die Arbeitsmarktproblematik gerade, in exportlastigen Ökonomien ganz entscheidend.

Da sich die einheimischen Unternehmungen in erweiterten Konkurrenzbeziehungen auf den internationalen Märkten befinden und also mit den jeweils produktivsten ausländischen Industrien im Wettbewerb stehen, lassen sich zudem immer genügend »Sachzwänge« geltend machen, um die Intensität der Arbeit zu steigern oder hohe Löhne und Lohnnebenkosten als innovationsfeindlichen »Ballast« darzustellen. Dies geht zwar an den realen Gegebenheiten zumeist vorbei (eine hochproduktive Arbeit ist schließlich eine gesunde Basis für attraktive Lohngestaltung); es bleibt aber doch die beständig gesetzte Grundbedingung, in allen Bereichen, von der Unternehmensführung bis hin zur Arbeitsorganisation, den jeweils modernsten Standards zu entsprechen. Die starke Exporttätigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft ist unbestritten notwendig und steht als solche nicht zur Disposition. Doch unter diesen Bedingungen (Aufrechterhaltung permanenter Überschüsse ohne mittelfristigen Saldenausgleich zwischen den Handelsländern) wird es für die organisierte ArbeiterInnenbewegung enorm schwierig, über expansive Lohnpolitiken, fortschrittliche Arbeitszeitkonzepte und bewußte Kontrollen der Arbeitsbedingungen die gesellschaftliche Reichtumsproduktion zur erweiterten Lebensgestaltung der arbeitenden Mehrheit zu nutzen. ○

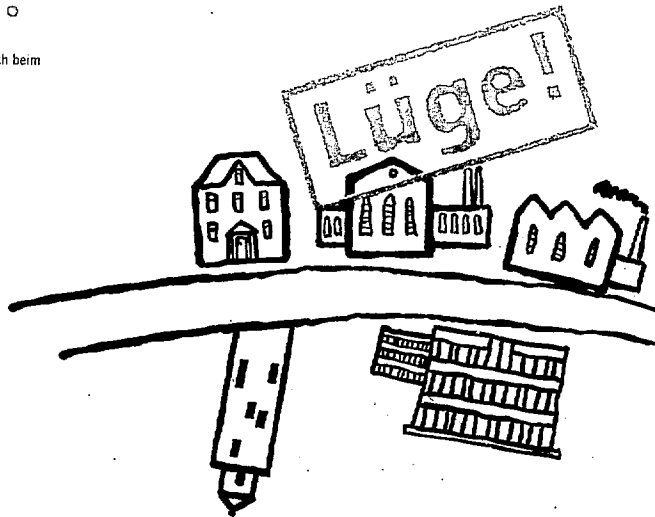
Der vollständige Text ist erhältlich beim

➤ **Juso Landesverband Bayern**  
Oberanger 38  
80331 München  
Telefon: 089. 23171137  
Telefax: 089. 23171139

Come to

# Standort-Country

... da kannst Du was erleben



»Come to Standort-Country...« lautet in nächster Zeit das ironische, aber keineswegs lustige Aktionsmotto. Dieser Reader gibt Euch Infos (Hintergrund, Aigo-Cards, Aktionsideen & -material), damit Ihr vor Ort planen und Ideen entwickeln könnt.

Auf der Unterbezirksvorsitzendenkonferenz vom 10.-12.02. in Hamm können wir dann unseren bundesweiten Aktionstag zum Thema »Standort Deutsch-

land« terminmäßig festzurufen. Wenn die einzelnen Untergliederungen bei diesem Thema alle an einem Strang ziehen, können wir wirksam in die »Standort-Debatte« eingreifen – mit unseren Vorstellungen davon, wie der sogenannte »Standort Deutschland« aussehen soll und wie nicht!

Der Bundesverband stellt wie immer eine Grundpalette an Medien (Faltblatt, Themenplakat, Aufkleber, Postkarten-Edition, TIFFs) für die Kampagne zur Verfügung (auf Seite 18/19 werden sie vorgestellt). Fragen? Die Zeit drängt, also ran ans Eingemachte: Bundesverband c/o Anke Stille: ☎ 0228. 532365

## Vor Ort ist unser Standort! – Aktionen und Material gegen Lügegebäude

Bald haben wir sie, die Zweidrittelgesellschaft, in der es auf der einen Seite nur noch eine (immer kleiner werdende) Gruppe von Gewinnern gibt, die nach Westermanier den »Standort Deutschland« abräumen, auf der anderen Seite eine große, anonyme Gruppe von Verliererinnen und Verlierern.

Die Standort Country Aktion soll die Lügegebäude, die in der »Standort-Debatte« immer wieder aufgebaut werden, anschaulich machen – stellen wir sie doch direkt als Gebäude vor! Da gibt es im traumhaften Standort-Country ...



### ○ den Steuerbrüter...

(»Unternehmer zahlen zu viel Steuern, die der Sozialstaat ohnehin nur sinnlos verheizt«)



### ○ die Villa Kostzuviel...

(»Lohnneben- und Lohnzusatzkosten sind in Deutschland zu hoch«)



### ○ die Firma Workoholic & Co. KG...

(»Arbeits- und Betriebszeiten sind in Deutschland zu kurz«)



### ○ die Tarifflex GmbH

(»die Löhne sind zu hoch und unflexibel«)



### ○ und den schiefen Turm zur Fabel

(»die Lohnstückkosten sind zu hoch«)

## Aktionen

Die fünf Hauptgebäude der »Standort-Debatte« sind das Kernstück der Aktion – mit ihnen können wir handeln, um unsere Inhalte anschaulich in die Öffentlichkeit zu tragen –, in der Stadt oder vor Betrieben, die evtl. demnächst bestreikt werden. Als »Sandwich« können wir z.B. die einzelnen Lügegebäude durch die Stadt tragen und unsere Fakten (Postkarten, Faltblatt ...) überall unters Volk bringen. Hier ein paar Ideen, die noch weiterführen:

## II. Aktion:

### »Die mißlungene Einweihung von Standort-Country«

In der Fußgängerzone (z.B.) werden große, wacklige Abbilder unserer fünf Lügegebäude aufgestellt. Ein Marktschreier heißt die Passanten im Namen der Standort-Lobby in Standort Country willkommen und preist die einzelnen Lügegebäude in den schillerndsten Farben an. Ein Juso aus dem Publikum funkt ihm aber dazwischen: Jede Anpreisung enttarnt er im Gespräch als Lüge – der Marktschreier versucht, das betreffende Gebäude festzuhalten, doch eins nach dem anderen fällt ihm um.

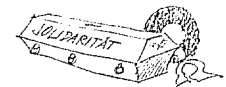
Musiksequenzen trennen die einzelnen Szenen, z.B. »Money, money, money« (Abba), »money« (Pink Floyd), »Spiel mir das Lied vom Tod« (Monclone) – währenddessen diskutieren die beiden Kontrahenten jeweils gestisch und leise weiter, bis das nächste Gebäude geschleift wird. Der Marktschreier wird immer verzweifelter und wütender, bis er schließlich vor den Trümmern seines geliebten Traums steht – dann können die Jusos ihre Forderungen stellen...

## III. Aktion:

### »Standort-Country wird zu Grabe getragen«

Die Gründe für die Beerdigung stehen auf Trauerfahnen: Eine längere Prüfung hat ergeben, daß Standort-Country unsinnig, unsolidarisch, verblödet und dumm ist.

Das ganze Szenario kann z.B. den Stil einer Beerdigung in New Orleans haben – mit Dixieland-Musik unterlegt, wechselläufige und hoffnunggebende Rhythmen (= Fahnen) ab.



### III. Mitmach-Aktion:

#### »Standort-Country – Test it!«

Hier sind die Passanten nicht als Zuschauer gefragt – es geht um den Selbstversuch. »Du mußt den Gürtel enger schnallen«, lautet das Motto. Die einzelnen Gürtellocher sind mit Jahreszahlen von 1995 aufwärts markiert. Die Diagnose z.B.: »Oh, Sie sind noch gut ernährt, Sie überleben diese Regierung noch bis 2004...« – Die Ergebnisse werden auf Polaroids angepinnt, Beruf und Vorname etc. können dazugeschrieben werden.

### IV. (Mitmach-)Aktion:

#### »Eine Nacht in Standort-Country«

An exponierter Stelle in der Stadt richtet sich eine Gruppe Jusos für die (eine?) Nacht im Freien ein und macht auf Plakaten sowie im Gespräch deutlich, wohnen zwölf Jahre Standort-Politik ganz real geführt haben – neue Armut und Perspektivlosigkeit für immer mehr junge Leute. Argumentationsleinen werden mit hochkopierten Argucards gespannt. Hierbei kann gut mit kompetenten BündnispartnerInnen zusammengearbeitet werden!

Die zur Verfügung stehenden Medien (siehe unten) sollten wir erweitern und möglichst auf Verhältnisse vor Ort hin weisen bzw. eigene Schwerpunkte thematisieren, z.B. mit Stellwänden unter dem Titel:

☛ »Aha, das Wirtschaftswunder bin ich nicht!«

auf die gar nicht schlechte Situation der Unternehmer eingehend, oder mit:

☛ »Es ist kalt in Borsenta!«

Folgen des Sozialabbaus vor Ort thematisierend (Stichworte: Zeitungsartikel, Wohlfahrtsverbände, Interviews mit Betroffenen und Verantwortlichen...).

Viele andere Schwerpunkte und deren Umsetzungen sind noch denkbar, z.B. ein Labyrinth der Schein-Argumente (money, money, money...) und vieles mehr – das Material kann vielfach abgewandelt und ergänzt werden.



### Materialien:

#### 1. Das Plakat »Standort«

»Spiel mir das Lied von Not – Come to Standort-Country«

... ein Plakat, das zeigt, wie die soziale Realität in Deutschland aussieht.

Bestellnummer: 701-0371

Preis/DM: 9,50

#### 2. Das Faltblatt »Standort«

»Come to Standort-Country – Da kannst Du was erleben.«

... stellt die fünf Lügegebäude kurz vor und stellt ihnen Tatsachen gegenüber.

Bestellnummer: 701-0372

Preis/DM: 0,70

#### 3. Der Aufkleberbogen »Standort«

... zum überall Hinpeppen gibt's auch diesmal.

Bestellnummer: 701-0373

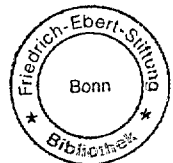
Preis/DM

#### 4. Ein Bastelbogen für Lügegebäude

gibt unserer Kampagne eine weitere Dimension. Die kann genutzt werden – z.B. für ein Brettspiel!



Argumentationsleinen  
in Fußgängerzonen  
oder Betrieben spannen



## 5. Der Reader »Standort«

Bestellnummer 703 0324

Preis/DM

## 6. Außerdem gibt es ab ... was

**Schönes in der Mailbox:** Die Lügen-  
gebäude und Plakatüberkleber  
(»Lüge!«) als TIFFs.

### Wichtig:

Gute Ideen / Einfälle gibt es nicht  
unbegrenzt – also aufbewahren und  
schnell an alle weitergeben!  
Alle Aktionen sollten möglichst  
dokumentiert werden und später  
ins AG-Rundschreiben.

### Ebenfalls wichtig:

Pressearbeit nicht vergessen  
(vielleicht ein Blick ins Wahlkampf  
handbuch...)!

Lüge!

